

## Nächste Station: Hoffnung?

Kolumbiens steiniger Weg zum Frieden

Laura Wenz | Schon aus weiter Ferne ist die Hupe zu hören. Kinder rennen auf die Straße, um das herannahende Fahrzeug anzuhalten. Erst ist nur eine Staubwolke auszumachen, wieder ertönt die Hupe, dann taucht ein voll beladener Bus hinter der Biegung auf. Selbst auf dem Dach haben Menschen Platz gefunden. Die Kinder auf der Straße rufen und winken, schwankend kommt das Fahrzeug zum Stehen. Der Busfahrer lehnt sich aus dem Fenster, scherzt mit den Kindern. Aus einem der Bauernhäuser tragen zwei junge Männer Reissäcke und laden sie auf das Dach des Busses, wo schon eine Familie und zwei Teenager mit einem Fahrrad Platz gefunden haben. Dann gibt die Hupe das Signal zur Weiterfahrt.

Zweimal am Tag, einmal morgens und einmal am frühen Nachmittag, holpert der Bus an den kleinen Ansammlungen von Bauernhäusern vorbei. Mitten in Antioquia, einem Bundesstaat im Nordwesten Kolumbiens, ist die Infrastruktur sonst dürftig. Die „chiva“ (spanisch für Zicklein) ist das einzige öffentliche Transportmittel, das die Bewohner von Dorf zu Dorf befördert. Auch zu Hochzeiten des bewaffneten Konflikts zwischen Rebellen Gruppen, Sicherheitskräften und Paramilitärs, bei dem Tausende Menschen aus der Gegend vertrieben wurden, war auf die chiva Verlass. Antioquia gehört zu den am stärksten betroffenen Staaten des Konflikts. Die staatliche Institution Unidad de Victimias hat allein dort über 1,5 Millionen Konfliktopfer seit 1985 registriert. Die meisten sind Vertriebene. Verantwortlich für die Verbrechen waren sowohl Sicherheitskräfte als auch Guerillagruppen und Paramilitärs. Wie kann nach einer solchen Vergangenheit eine Gesellschaft wieder zusammenwachsen?

Der Friedensvertrag zwischen dem Staat und der größten Guerillagruppe FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) polarisiert die Gesellschaft. Die Entzweiung lässt sich auch an den Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 erkennen. Ein entschiedener Gegner des Friedensprozesses, Iván Duque, wurde in einer Stichwahl mit 54 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt, der linke Ex-Guerillero Gustavo Petro folgte ihm mit 41,8 Prozent auf dem zweiten Platz. Die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden, die für geständige Täter Amnestien einräumt, ist höchst umstritten. Desinformation und Propaganda vertiefen die Spaltung in der Gesellschaft weiter. Dazu kommt die enorme Kluft zwischen Arm und Reich – Kolumbiens Einkommens- und Vermögensverteilung gehört zu den ungleichsten der Welt.

Nach zwei Stunden holpriger Fahrt erreichen wir Granada, eine Kleinstadt knapp 100 Kilometer östlich von Medellín. Durch seine strategisch günstige

Lage nutzte die FARC den Ort eine Zeitlang als Stützpunkt in der Region. Am 6. Dezember 2000 verübte die Guerillagruppe hier einen ihrer schlimmsten Anschläge. Durch eine Autobombe wurden mehr als 150 Häuser zerstört, 23 Menschen starben. Die sich abwechselnde Gewalt von FARC, der radikaleren Splittergruppe ELN (Nationale Befreiungsarmee), Paramilitärs und Sicherheitskräften zwang die Bewohner, ihre Heimat und damit ihren gesamten Besitz zurückzulassen. 11 500 Vertriebene, 240 Verschleppte und über 1300 Tote sind die traurige Statistik der Gemeinde. Über Jahre bestand die Stadt aus kaum mehr als Ruinen. Seit den Friedensverhandlungen zwischen FARC und Regierung kommen die ehemaligen Bewohner und ihre Angehörigen nach Granada zurück. Doch der Konflikt hat Wunden hinterlassen. So ist in Granada im Kleinen zu beobachten, was auch für das ganze Land gilt: Wie schaffen es ehemals verfeindete Gruppen und deren Opfer, wieder friedlich zusammenzuleben?

---

*Ein öffentlicher Raum soll die Trauer der Hinterbliebenen sichtbar machen*

### Begegnung zwischen ehemaligen Tätern und Opfern

Ich treffe Barbara. Sie hat sich bereiterklärt, mir ihren Heimatort zu zeigen. Granada ist wie auch die Nachbargemeinde Santa Ana Teil des Programms „comunidades restaurativas“, Gemeinden, die aus eigenem Antrieb und mit Unterstützung kirchlicher Organisationen ihre gewaltvolle Vergangenheit aufarbeiten, Gedenkstätten errichten und Begegnungsprogramme zwischen ehemaligen Tätern und Opfern initiieren. Barbara hat ihren Vater durch Paramilitärs verloren, zwei ihrer vier Geschwister gelten seit Jahren als vermisst. „Ich musste etwas tun, jeden Tag. Nur nicht zur Ruhe kommen. Ruhe bedeutete Raum, weißt du? Raum in mir, an das Geschehene zu denken, die Fragen, auf die es keine Antwort gibt, zu stellen, immer wieder. Zu verzweifeln.“

Sie führt mich zu einem Haus direkt neben der Kirche. Hier ist der „Salon del nunca más“ (Nie-wieder-Saal) entstanden. Eine Wand voller Fotografien ist das Erste, was dem Besucher in den Blick fällt. Es sind die Gesichter der Menschen, die getötet oder verschleppt wurden. Neben dem Bild eines Greises hängt das eines zweijährigen Mädchens. In einer Vitrine sind Hefte ausgelegt, jedes einzelne versehen mit Namen und Foto eines Opfers. Familie und Freunde, aber auch Unbekannte haben ihre Trauer in Worte gefasst, teilen ihre Erinnerungen. Auch für Beatriz und Efrain, Barbaras Geschwister, gibt es zwei Hefte. Eine Chronik der Gewalttaten in Granada vervollständigt den Erinnerungssaal. Durch den Salon del nunca más gibt es einen öffentlichen Raum für die Hinterbliebenen, ihrer Opfer zu gedenken. „Es gab nun einen Platz für sie, für meinen Vater, meinen Bruder, meine Schwester. Nicht ich musste ihr Gewicht mit mir herumtragen, ich konnte sie besuchen, wann immer mir danach war. Aber sie auch hierlassen, die Last nicht mit mir nehmen.“

Zum Mittagessen treffen wir Maria. Sie zeigt uns das Video eines Gottesdienstes vor einigen Monaten. Die Kirche ist bis auf den letzten Platz besetzt. Es ist ein lange geplanter öffentlicher Akt der Versöhnung, ins Leben gerufen von verschiedenen kirchlichen und zivilen Gruppen und dem Gemeinde-

vorstand von Granada, unterstützt von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Félix Antonio Muñoz Lascarro alias Pastor Alape, ehemaliger FARC-Kommandant, bittet die Gemeinde öffentlich um Vergebung: „Wir möchten aktiv, mit konkreten Friedenshandlungen, den Schaden lindern, den wir angerichtet haben.“ „Für mich bedeutet es viel, sehr viel“, sagt Maria hinterher. „Weil es ein wichtiger Schritt zum Frieden ist. Wenn wir nicht ver-

---

*Versöhnung ist auch Beziehungsarbeit – vielen fällt das extrem schwer*

geben, kommen wir nicht zur Ruhe. Der Schmerz lodert wie ein Feuer in uns, das uns verbrennt.“ Barbara nickt. Auch sie nahm am Gottesdienst teil, umarmte Pastor Alape danach. Ein Schritt, für den sie neben Anerkennung auch Kritik bekam. Mit ihrer Umarmung verrate sie die Opfer, wurde ihr auch von ihren eigenen Geschwistern vorgeworfen. Aber: „Wir alle sind Opfer, Opfer des Systems. Schläge verletzen den Schlagenden mehr als den Geschlagenen“, ist ihre Überzeugung. Ein Standpunkt, mit dem sie aneckt. Don Pepe war nicht bei dem Gottesdienst dabei. „Seine Entschuldigung bringt meine Schwester nicht zurück“, sagt er bitter. „Es gibt eine Zeremonie, den Tätern wird verziehen. Sie gehen in Frieden. Und ich? Mein Leben bleibt gleich.“

Versöhnung ist auch Beziehungsarbeit. Nancy Marin von der Organisation „Confraternidad Carcelaria de Colombia“ (Solidarität mit Gefängnisinsassen) ist Initiatorin des Programms comunidades restaurativas. Im Rahmen verschiedener Versöhnungsprojekte verwirklichen ehemalige FARC-Rebellen, die Verantwortung für ihre Taten übernehmen wollen, und Dorfbewohner, die unter der Gewalt gelitten haben, gemeinsam lokale Infrastrukturprojekte. Und während zusammen eine Zugangsstraße gepflastert oder eine im Krieg zerstörte Schule wieder aufgebaut wird, erleben Täter und Opfer sich als Menschen – frei von den Zwängen der ehemaligen Gruppenzugehörigkeit. „Nicht jeder ist bereit dafür. Manchmal besteht die Gruppe anfangs nur aus wenigen Freiwilligen. Aber Leute aus dem Ort sehen uns, bleiben stehen. Stellen Fragen. Eine Frau kam an drei Tagen immer wieder an der Straße mit den Arbeitern vorbei, sagte nicht viel. Am vierten Tag brachte sie „sancocho“ (kolumbianische Suppe) für alle“, erzählt Nancy.

Es gibt keine Studien, wie nachhaltig die Projekte wirklich sind. Aber in einem Land, das wenig anderes kennt als Krieg und Konflikte, und wo die Polarisierung der Gesellschaft zunimmt, sind es Schritte wie diese, die gegangen werden können. Orte wie Granada erobern sich die Hoheit über ihr Selbstverständnis zurück. Es sind nicht mehr nur die Geschichten des Konflikts, die mit ihrem Namen verknüpft sind. Und vielleicht ist es dieses „empowerment“, was manchen Opfern hilft. Sie finden sich in einer starken Rolle wieder. Sie sind nicht mehr nur passive Leidtragende, sondern können selbst bestimmen und zu Vergebenden werden.

Am Ende des Tages möchte Barbara mir etwas zeigen. Die ganze Zeit über hat sie eine Tasche getragen, die sie nun öffnet. Darin ein weißes Gewand, es wirkt wie ein Engelskleid aus einem Krippenspiel. In glitzernden Buchstaben hat sie die Worte „Por amor propio vivo el perdón“ (Aus Liebe zu mir

selbst lebe ich Vergebung) darauf gemalt. Es ist das Gewand, das sie bei der Versöhnungszeremonie trug. • •

[Laura Wenz arbeitete zu Vergangenheitsbewältigung in Post-Konflikt-Staaten.](#)

## Diplomatie allein reicht nicht

Was die Zivilgesellschaft in Kirgistan und in der Ukraine zum Frieden beiträgt

Vera Lamprecht | Osch, Südkirgistan, im Frühjahr 2018. Nach eisigen Wintermonaten erwacht die mittelgroße zentralasiatische Stadt aus ihrem Winterschlaf. Auf der Hauptstraße, unweit des Lenindenkmals, stehen Händler vor ihren wellblechbedeckten Blumen-, Frisör- und Gemischtwarenläden. Bäcker bieten frischgebackenes Naanbrot feil, Marktverkäufer bauen vor ihren ausrangierten Schiffscontainern kunstvolle Obst- und Gemüsepyramiden auf, der Muezzin ruft die Gläubigen jeden Morgen etwas früher zum Gebet. Vor den Teehäusern sitzen Männer auf holzgefertigten Gestellen und genießen die Frühlingssonne. Nichts deutet darauf

---

*Acht Jahre zuvor waren hier über 400 Menschen gestorben und Tausende verletzt*

hin, dass in dieser Stadt acht Jahre zuvor Vertreter der beiden größten Gruppierungen – ethnische Kirgisen und Usbeken – einander beraubten, folterten, vergewaltigten und ermordeten. Schätzungen zufolge verloren in den Kämpfen über 400 Menschen ihr Leben, Tausende wurden verletzt und verloren ihr Hab und Gut, Hunderttausende flohen in Nachbardörfer und -länder.

Wenige Monate später, etwa 4000 Kilometer von Osch entfernt, noch immer auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. In Kiew hat der Sommer bereits Einzug gehalten. Junge Männer und Frauen schlürfen in hippen Cafés kühle Getränke, Straßenmusikanten verwandeln verkehrsberuhigte Zonen spät abends in Schauplätze spontaner Open-Air-Konzerte, Kunstbegeisterte stehen für die Ausstellung „Democracy Anew?“ Schlange. Ein Lenindenkmal gibt es in Kiew nicht mehr. Stattdessen erinnern unweit des Maidan-Platzes ausgeblichene Fotos in Klarsichthüllen, Blumen und Kerzen an die im Februar 2014 getöteten Maidan-Aktivisten oder, wie sie hier nur noch heißen, an die „Helden der Himmlischen Hundertschaft“. Der Krieg, der nur wenige hundert Kilometer östlich seit über vier Jahren mehr als 10 000 Menschen das Leben gekostet hat, scheint in weiter Ferne.

Zurück nach Kirgistan. Hier führte eine internationale Untersuchungskommission (KIC) nach den blutigen Auseinandersetzungen zahllose Zeugeninterviews durch, sammelte Dokumente und Fotos. In ihrem Abschlussbericht forderte sie die Einrichtung einer Friedens- und Versöhnungskommission sowie ein Ende der einseitigen strafrechtlichen Verfolgung von Usbeken. Der KIC-Vorsitzende wurde in Kirgistan daraufhin zur Persona non grata erklärt,